

Wie sicher ist Wien für Juden? Im Windschatten des Gaza-Konflikts häufen sich antisemitische Übergriffe in der Stadt. Die Kultusgemeinde will nicht länger widerspruchslos zuschauen. Von Thomas Schmidinger

Nach der Erstürmung der „Mavi Marmara“ am 31. Mai 2010 durch die israelische Armee kam es in Europa zu vermehrten antisemitischen Übergriffen auf Jüdinnen und Juden. Auch wenn es in Wien im Vergleich zu anderen Großstädten nur wenige offen gewalttätige Angriffe gab, so berichtete die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) doch von einer Zunahme bedrohlicher antisemitischer Beschimpfungen, die in Einzelfällen auch zu physischen Übergriffen führten.

Vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, die durch ihre Kleidung als solche im Straßenbild erkennbar sind, fühlen sich in Wien nicht mehr sicher.

Noch am selben Tag, an dem es im Mittelmeer zur Eskalation kommt, fährt in Wien ein Auto hupend vor einem jüdischen Geschäft vor. Zwei Personen schwenken eine türkische und palästinensische Fahne und schießen Fotos von den Fahnen und dem Geschäft.

Am Tag darauf wird ein Rabbiner in unmittelbarer Nähe einer jüdischen Schule von einem türkischen Jugendlichen bedroht und als „Scheißjude!“ beschimpft. Im folgenden Wortgefecht zückt der Jugendliche eine Schere und packt schließlich den Rabbiner am Kragen. Es entwickelt sich eine Rangelerei, die damit endet, dass der türkische Jugendliche stürzt und seine Jacke beschädigt ist. Aus einem Lokal stürmen mehrere türkische Männer und bedrohen und beschimpfen nun den Rabbiner. Einer der türkischen Männer erstattet Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gegen den Rabbiner.

Juden wird „Heil Hitler“ nachgerufen, einem orthodoxen Juden wird der Hut vom Kopf geschlagen und ein Schlag in die Magengegend versetzt. In der Taborstraße wird ein Rabbiner angespuckt.

Dies ist nur eine Auswahl der antisemitischen Übergriffe, die von der IKG am 16. Juni 2010 der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

All dies ereignete sich in einem aufgeheizten politischen Klima, in dem zwei große Demonstrationen gegen Israel stattfanden und der Wiener Gemeinderat noch am 31. Mai eine einstimmige Resolution aller Parteien beschloss, die einseitig das israelische Vorgehen verurteilte.

Auf beiden Demonstrationen wurden Fahnen der Hizbollah und der Hamas sowie antisemitische Symbole gezeigt und Parolen wie „Israel Terrorist!“ gerufen. Auf der ersten, am Dienstag, dem 1. Juni 2010, wurde gar ein Plakat mit der Aufschrift „Wach auf, Hitler!“ mitgetragen.

Die am Freitag, dem 4. Juni 2010, verwendeten Symbole weisen darauf hin, dass türkische Nationalisten aus dem Umfeld der beiden rechtsextremen Parteien Milliyetçi Hareket Partisi (MHP, Partei der Nationalistischen Bewegung) und Büyük Birlik Partisi (BBP, Partei der Großen Einheit) stark vertreten waren, ebenso Anhänger der islamischen Gemeinschaft Milli Görüş, die in Österreich unter dem Namen „Islamische Föderation“ auftritt.

Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis aus dem politischen Islam, dem türkischen Rechtsextremismus und der antiimperialistischen Linken getragen. Aufgerufen hatten Vorfeldorganisationen der Hamas, der Fatah, der türkischen Regierungspartei AKP, die Jugendorganisation der Islamischen Glaubensgemeinschaft, irakische und syrische Baathisten.

Auch einige kleine linke Gruppen wie die Linkswende oder die Kommunistische Initiative waren beim Aufruf dabei. Allerdings war die Demonstration dann so stark von türkischen Rechtsextremisten – überwiegend jungen Männern – geprägt, dass einige der linken TeilnehmerInnen später Kritik übten.

Der nationalistische und antisemitische Charakter der Veranstaltung hielt jedoch weder die Pressesprecherin der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ), Carla Amina Baghajati, noch SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi davon ab, dort aufzutreten. Vor einer aufgepeitschten Menge schimpfte Al-Rawi über das „Freiluftgefängnis“ Gaza, huldigte dem Märtyrerkult, indem er donnerte, dass die Opfer auf der „Mavi Marmara“ „nicht umsonst gestorben“ seien und dass deren Kampf weitergeführt werden solle.

Al-Rawi war sich seiner Sache sicher, konnte er sich in seiner Rede doch explizit auf den einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates beziehen.

Auf die Ankündigung einer Pressekonferenz durch die IKG, bei der auch eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Verhetzung und Verstoß gegen das Verbotsgesetz präsentiert wurde, reagierte Al-Rawi durch eine präventive Distanzierung, die er schon am Vortag auf seiner Website publiziert hatte.



Wien, 1. Juni 2010

IGGiÖ-Präsident Anas Schakfeh ging gleichzeitig zum Angriff über und wies in einem offenen Brief „unqualifizierte Angriffe der Israelitischen Kultusgemeinde auf eine Demonstration als ‚antisemitisch‘ zurück“ und warnte die IKG, das „gesellschaftliche Klima gegenseitigen Respekts und Akzeptanz aufs Spiel zu setzen, indem rechtschaffene Menschen, aufrechte Antifaschisten und Gegner jeglicher Art von Diskriminierung als ‚Hetzer‘ ins Eck gestellt werden sollen“.

IKG-Präsident Ariel Muzicant antwortete, ebenfalls in einem offenen Brief: „Die Dialogkultur zwischen den Glaubensgemeinschaften in Österreich ist in der Tat gefährdet. Nicht jedoch durch das Aufzeigen antisemitischer Vorkommnisse, sondern durch das Zulassen und Verharmlosen.“

Schließlich forderte die IKG auch den Rücktritt Al-Rawis. „Die hetzerische Politik von ihm und seiner Umgebung wird auch von der Mehrheit der österreichischen Muslime, die Fundamentalismus und Agitation verurteilen, abgelehnt“ (Muzicant).

Omar Al-Rawi fühlt sich seither von einer „Kampagne“ gegen ihn verfolgt und spricht von einer „hetzerischen Politik“ der IKG. Bereits am 27. Juni, also lange vor der Rücktrittsaufforderung, hatte er von seiner Mailadresse als SPÖ-Gemeinderat aus Unterschriften zur Solidarisierung mit ihm selbst gesammelt. Nach der Rücktrittsaufforderung der IKG bezog er diese nun darauf und veröffentlichte eine Solidaritätserklärung von insgesamt 129 Organisationen. Als Sprecher der Plattform verurteilte Tarafa Baghajati, der Ehefrau der IGGiÖ-Mediensprecherin, die Versuche der Kultusgemeinde, Al-Rawi „mundtot zu machen“.

Die IKG antwortete mit dem Verweis auf die „interreligiöse Hetze eines Gemeinderates unter Verwendung der ihm aufgrund seiner Funktion zur Verfügung stehenden Infrastruktur“.

Ein besonderes Problem stellt der Konflikt für die SPÖ dar, der mittlerweile mehrere jüdische Mitglieder den Rücken kehrten. Ernst Meir Stern, ein langjähriger Funktionär des Bunds sozialdemokratischer Juden, begründete seinen Parteiaustritt öffentlich mit dem „beredten Schweigen“ Al-Rawis und seiner Kollegen zu Vernichtungsdrohungen gegen Israel, das für ihn „Zustimmung“ bedeute.

Tatsächlich haben jedoch die Parteiaustritte jüdischer Mitglieder keinen prominenten Sozialdemokraten dazu gebracht, zur Rolle Al-Rawis Stellung zu beziehen. Auch in den anderen Parteien folgten allenfalls interne Debatten.

Man will, so scheint es, „die Dialogkultur“ nicht wegen ein paar Juden gefährden.

Juden wird „Heil Hitler“ nachgerufen, einem orthodoxen Juden wird der Hut vom Kopf geschlagen und ein Schlag in die Magengegend versetzt. In der Taborstraße wird ein Rabbiner angespuckt.